

Bezirksausschuss 21 Pasing- Obermenzing
Protokoll des UA Soziales und Jugend
am 4. September 2012

Anwesend: M. Dörfler, E. Hayn, K. Högn, E. Lang,
F. Miroshnikoff (Gast), R. Scholz, G. de Cammerer (Vorsitz)

Entschuldigt: S. Pilsinger, P. Seeger, I. Yilmaz

Tagesordnung

1. mux.de

Information des Seniorenplans für den Stadtteil Hadern.

Herr xxxx, Geschäftsführer von mux oHG wird im ersten Quartal 2013 eingeladen.
Frau Miroshnikoff informiert die Seniorenvertretung Pasing-Obermenzing

2. Grünanlage Von-Frays-/ Bärmannstraße

Baureferat: Brief der Hauptabteilung Gartenbau, „ die angesprochene Rasenfläche wurde in letzter Zeit gemäht, nachdem mehrere Beschwerden bei uns eingegangen sind, es bestünde ein gewisses Risiko, Kinder könnten sich beim Laufen durch den mit Disteln durchsetzten Langgrasrandstreifen verletzen“ Zur Kenntnis

3. Anhörung

- Kinder entscheiden in ihrem Stadtteil. Antrag Nr. 08-14/A02754 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / RL vom 09.09 2011; Initiative von Frau Bürgermeisterin Strobl im Treffen der BA- Vorsitzenden

Mit dem beigefügten Antrag wird gefordert, dass Kinder und Jugendliche in ihren Stadtbezirken Initiativen entwickeln, über diese eigenständig entscheiden und auch über ein Budget hierzu verfügen sollen.

Umsetzungsmöglichkeiten: 1. Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch einen anerkannten Träger; 2. Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch den BA selbst (z.B. Kinder- und/oder Jugendbeauftragte); 3. Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch eine (möglicherweise neu zu schaffende) städtische Stelle, z.B. im Sozialreferat; 4. Freie Vergabe von Budgetmitteln an Kinder und Jugendliche

Vertagung. Vorlage wurde an UA Budget geleitet. Kopie an alle UA Mitglieder.

4. Anhörung

- Bericht zu REGSAM, Bericht Vertragszeitraum 2010-2012, REGSAM neu denken, Beschluss Vertragszeitraum 2013-2015, REGSAM- ein starkes Netzwerk für München; Entwurf einer Beschlussvorlage für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss und den Sozialausschuss in der gemeinsamen Sitzung vom 09.10.2012

Darstellung der geleisteten Arbeit des REGSAM- Projekts; Darstellung der Arbeit des REGSAM- Projekts in Gebieten mit einem besonderen Handlungsbedarf (Schwerpunktgebiete); Darstellung der Leistungsvereinbarung für den REGSAM- Vertragszeitraum 2013-2015

Stimmenverhältnis:

3 ja- Stimmen (SPD - Bündnis 90 /Die Grünen)

3 nein- Stimmen (CSU). Wird im Plenum besprochen.

5. Ausschuss für Bildung und Sport vom 04.07.2012

- Errichtung einer Mobilen Schulraumeinheit für die Grundschule an der Grandlstraße im 21 Stadtbezirk Pasing- Obermenzing- Produkt Nr. 2.1-; Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 09742

Der Bedarf gemäß Nutzerbedarfsprogramm wird genehmigt; Dem Projektauftrag wird zugestimmt und die Errichtung einer mobilen Schulraumeinheit mit Projektkosten in Höhe von 2.620.000 Euro wird genehmigt. Wie in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 04.07.2012. Der Ausschuss für Bildung und Sport hat die Annahme des Antrags empfohlen. Baubeginn 10.2012, Inbetriebnahme 04. 2013. Zur Kenntnis

6. Referat für Bildung und Sport

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

- Arbeitsgruppe Ausbauoffensive Kindertageseinrichtungen- Sachstandsbericht zum 31.03.2012; Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V09477

Sachstandsbericht nach weiteren 2 Jahren Tätigkeit der AG Ausbauoffensive Kindertageseinrichtungen. Ziel ist es weiterhin, bebaubare Grundstücke oder geeignete Gebäude für Kindertageseinrichtungen zu ermitteln und notwendiges Baurecht zu schaffen, um das neue Versorgungsziel von 56% für Einrichtungen zu erreichen. Einrichten einer für die Geschäftsführung erforderlichen Stelle; ab 2013 erforderliche Haushaltsmittel von bis 80.820,00 €.

Der gemeinsame Ausschuss hat die Annahme des Antrages empfohlen. Zur Kenntnis

7. Bauprogramm zur Realisierung von Kinderbetreuungsplätzen; Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 09604

Für die Projekte aus dem Bauprogramm 2011 sind die erforderlichen Anträge auf Baugenehmigung bei der LBK eingereicht. Trotz der vorbereitenden Aktivitäten der unter Federführung des Planungsreferats seit 2009 eingesetzten referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Ausbauoffensive Kindertageseinrichtungen“ sind für mehrere Standorte Verzögerungen bei der Erteilung der Baugenehmigung eingetreten. Zu den Standorten Helgastraße, Leutstettener Straße und Münchberger Straße liegen aktuell Nachbarklagen beim Bayerischen Verwaltungsgericht München vor. Eine Nachbarklage gegen den Standort Gustav-Meyrink-Straße wurde vom Bayerischen Verwaltungsgericht abgewiesen.

Bauprogramm 2011: Frauendorferstraße 32, Gustav-Meyrink- Straße, Paul-Gerhardt-Allee 39 und Scapinellistraße 23

Bauprogramm 2012: Hans-Goltz-Weg

Zur Kenntnis

8. Verwaltungs- und Personalausschuss als Feriensenat vom 05.09.12

- Studie „Älter werden in München“; Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 10069

Untersucht werden sollen die vielfältigen Facetten des Älterwerdens in München. Die Analyse soll verschiedene Themenfelder wie Wohnen und Leben in der Stadt und im Quartier, soziale Nachbarschaft, Generationensolidarität, gesellschaftliches Engagement und Teilhabe, Sicherheitsempfinden, Bildung im Alter, Freizeitverhalten, Mobilität im Alter, Armut im Alter sowie Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit umfassen. Den Kern bildet eine Haushaltsbefragung.

Zur Kenntnis

9. Zweite Bürgermeisterin Strobl

- Geplante Condrops ÜWG, Haidelweg 29

Brief der 2. Bürgermeisterin Christine Strobl: „ Den Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Sachverhalt schließe ich mich vollumfänglich an „

Laut Brief des Oberbürgermeister Christian Ude: „ Es ist erkennbar, dass die räumlichen Verhältnisse im Haidelweg beengt sind. Das wären sie aber auch für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner des Mietshauses“ ; „ Sie haben auf ein leerstehendes Gebäude in der Planegger Straße verwiesen, das alternativ durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden sollte. Bei Rücksprache mit dem zuständigen Amt für Wohnen und Migration wurde deutlich, dass dieses Haus für die Übergangswohngemeinschaft nicht geeignet ist“; „ Der Zeitpunkt, wann ein Bezirksausschuss über eine Anmietung für ein soziales Projekt informiert werden sollte, ist nicht allgemeingültig festgelegt. Es ist nicht erkennbar, dass der Träger hier zu spät informiert hat. Für eine „vorzeitige Information“, wie Sie in Ihrem Schreiben fordern, also etwa vor Abschluss eines Mietvertrags, gibt es keine gesetzliche Grundlage“.

Anfrage des BA 21 an das Amt für Wohnen und Migration: 1- Warum ist das Gebäude in der Planegger Straße für die Übergangswohngemeinschaft nicht geeignet?

2. Was hat das Amt für Wohnen und Migration mit dem leerstehenden Gebäude in der Planegger Straße vor?

Kopie an alle BA Mitglieder

10. Direktorium

Fachstelle gegen Rechtsextremismus

- Einlassvorbehalt für Veranstalter in München

Zur Kenntnis

11. Direktorium

Fachstelle gegen Rechtsextremismus

- Einladungsflyer „Neue Dimensionen des Rechtsextremismus“

„Bedroht uns der Islam? Das neue Feindbild der Rechtsextremen und Rechtspopulisten“
Dienstag, 25. September 2012 um 19.00 Uhr im Gasteig. Vortragssaal der Bibliothek . Zur Kenntnis

12. Referat für Stadtplanung und Bauordnung

- Haidelweg 29d, Nutzung eines Gebäudes durch Condrops e.V.

Brief der LBK an den Vorsitzenden des BA 21: „ Das Gebäude ist als Wohngebäude mit insgesamt sechs Wohneinheiten genehmigt. Die derzeit feststellbaren Bauarbeiten dienen der Sanierung und Instandsetzung dieser Wohneinheiten und sind als solche nicht baugenehmigungspflichtig. Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission liegt auch bisher kein Bauantrag vor, der eine geänderte Nutzung vorsieht.“

- „ Im vorliegenden Fall hat das uns von Condrops e.V. dargelegte Nutzungskonzept zum Inhalt, dass in diesem genehmigten Wohngebäude ehemalige drogenabhängige Erwachsene in fünf Wohngruppen bei insgesamt etwa 25 Personen wohnen sollen. Diese Bewohner haben als Voraussetzung sich zuvor einer Entgiftung unterziehen müssen. Dieser Wohnaufenthalt ist auf eine gewisse Dauer, aber mindestens für 6 Monate angelegt und freiwillig. Für die notwendige Hilfestellung ist rund um die Uhr vor Ort auch ein Betreuungspersonal vorgesehen. Bei dieser uns so dargestellten Sachlage sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich vorliegend nicht um eine soziale Einrichtung handelt, sondern von der Aufrechterhaltung der genehmigten Wohnnutzung ausgegangen werden muss.“

Kopie an alle BA Mitglieder. Wird im Plenum besprochen

13. Kreisverwaltungsreferat

- Behindertenstellplätze beim Bürgerzentrum Rathaus Pasing (BA Antrag Nr. 08-14/ B 03942 vom 08.05.12)

„Hinsichtlich des geforderten Behinderten- Stellplatzes im Innenhof des Rathauses Pasing hat die Prüfung ergeben, dass eine Öffnung der Schranke zu „wildem Parken“ führen würde. Dies war bereits vor dem Anbringen der Schranke der Fall“.

„Das Kommunalreferat kann daher die Schaffung eines Behinderten- Besucherparkplatzes im Innenhof des Rathauses nicht empfehlen,...“

Der BA 21 Pasing- Obermenzing bleibt weiterhin bei dem Beschluss vom 08.05 2012

14. Baureferat

- Entfernen von Spielgeräten oder Freizeiteinrichtungen; hier: Spielplatz Georg-Deschler-Platz, 1 Spielhaus

Zur Kenntnis

15. Referat für Bildung und Sport

- Bürgeranliegen: Verfahrensweise beim Übertritt ans Gymnasium

Zur Kenntnis

16. Referat für Bildung und Sport

- Dienststellenverständigung: städtischer Hort Schererplatz 7

Der zweigruppige, städtische Hort Schererplatz 7 befindet sich ab September 2012 in Umwandlung zur Integrationseinrichtung und wird dann mit einer Regelgruppe (25 Kinder) und einer Integrationsgruppe (15 Kinder) betrieben werden. Zur Kenntnis

17. Referat für Gesundheit und Umwelt

- Angebote des Hausbesuchsdienstes der Kinderkrankenschwestern des RGU

Zur Kenntnis

18. Sozialreferat

- Vollzug der Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum; Wohnraum Haidelweg 29d

„Ein Verstoß gegen die ZeS konnte von uns nicht festgestellt werden, da die geplante Nutzung durch Condrops e.V. als Übergangs-WG mit dem Begriff des Wohnens im Sinne der ZeS vereinbar ist. Dementsprechend handelt es sich nicht um eine genehmigungspflichtige Zweckentfremdung von Wohnraum. Eine Antragstellung auf Erteilung einer Zweckentfremdungsgenehmigung im Amt für Wohnen und Migration ist nicht erforderlich.“

Kopie an alle BA Mitglieder. Wird im Plenum besprochen

Graciela de Cammerer

UA Vorsitzende

Protokoll